

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der My Brain My Choice Initiative für die Europawahl 2024

Bewertungskriterien und Handlungsempfehlungen:

https://mybrainmychoice.de/EU24								
-------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--

Eigengebrauch: Befürworten einer Entkriminalisierung aller Drogen wie in Portugal.

1. Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. CDU und CSU nehmen dazu in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm zur Europawahl 2024 Stellung: Wir setzen uns für Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen ein. Gesellschaftliche Experimente wie die Legalisierung von Cannabis oder anderen Drogen zum Freizeitkonsum lehnen wir entschieden ab. Wir wollen daher keine Legalisierung von Cannabis. CDU und CSU im Europäischen Parlament werden sich nicht für eine vollumfängliche Legalisierung einsetzen.	Wir GRÜNE wollen einen drogenpolitischen Paradigmenwechsel und setzen auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Forschung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und Gesundheitsrisiken zu minimieren. Wir fordern langfristig eine an den tatsächlichen Gesundheitsrisiken orientierte Drogen-Regulierung.	Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum von Drogen nicht gesenkt; sie stehen einer effektiven Suchtprävention und dem Jugendschutz entgegen. Die Erfahrungen aus Portugal sind vielversprechend in Bezug auf die Entwicklung eines bewussten und informierten Umgangs mit Drogen sowie den Rückgang der Drogenkriminalität. Dieses Modell Portugals sollte nach der Evaluation der neuen Regeln zum Umgang mit Cannabis gesellschaftlich auch in Deutschland diskutiert werden. Denn es bietet uns eine chancenreiche Option an.	Ja. Die relative Entkriminalisierung von Drogenkonsum in Portugal war für Europa und weltweit ein Meilenstein. Dadurch wurden die Handlungsmöglichkeiten der Staaten innerhalb des UN-Vertragssystems ausgetestet und die Auswirkungen konnten gut evaluiert werden: Die Ergebnisse sprechen für sich. Die Linke fordert die Entkriminalisierung von Drogenkonsum. Mehr noch: Wir wollen für alle Drogen mittelfristig legale Bezugsquellen, damit die tödliche Spirale aus Illegalität, Verletzung und organisierter Kriminalität durchbrochen wird. Viele der drastischen Folgen von Drogenkonsum sind heute direkte Folge der Prohibition - und werden doch zur Rechtfertigung der Prohibition herangezogen. Die Debatte ist stark ideologisiert: Wir wollen klar zwischen den Auswirkungen von Substanzkonsum und der Illegalisierung unterscheiden - ohne die Substanzen zu verharmlosen. Wir fordern eine rationale und evidenzbasierte Drogenpolitik, die die Gesundheit der Menschen und die Gesellschaft bestmöglich schützt.	Die Fragen 1, 3 und 8 werden gemeinsam beantwortet. Wir Freie Demokraten haben uns in der aktuellen und werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode innerhalb unserer Europafraktion sowie allgemein für eine Reform des EU-Rechts einsetzen, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. Mit der Entkriminalisierung von Cannabis haben wir in Deutschland einen überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir haben uns bewusst auf Cannabis beschränkt. Es sind Evaluierungen der beschlossenen Maßnahmen vorgesehen und gesetzlich verankert worden, die wir abwarten und eingehend prüfen werden. Aus Sicht von uns Freien Demokraten kann ein ergebnisoffener Austausch mit Stakeholdern zu einer guten Drogen- und Suchtpolitik beitragen.	Ja. Volt will ein Ende des "War on Drugs". Wir wollen eine Entkriminalisierung des Konsums und Besitzes aller Drogen unterhalb einer Eigenbedarfsgrenze nach dem portugiesischen Modell umsetzen. Drogenabhängigkeit ist in erster Linie ein medizinisches, soziales und psychologisches Problem. Anstatt strafrechtlich belangt und stigmatisiert zu werden, sollten Betroffene psychosozial betreut werden.	Ja, dies streben wir seit über 10 Jahren an.	Ja. Die derzeitige Prohibition der Drogen ist gescheitert. Ressourcenverschwendung bei der Polizei, Kriminalisierung der Konsumenten, kein funktionierender Jugendschutz oder Prävention bei stetig wachsender Anzahl der Konsument:innen sind die Folgen der derzeitigen Drogenpolitik. Wir setzen uns für ein neues Paradigma ein, indem wir die negativen Folgen des Drogenkonsums bekämpfen und gleichzeitig jedem Menschen die Freiheit überlassen, sein Konsumverhalten selbst zu bestimmen. Der Umgang mit Drogen, Konsument:innen und Süchtigen ist ein gesundheitspolitisches Thema und kein Fall für die Polizei. Aus diesem Grund wollen wir wie Drogen nach dem Vorbild Portugals vollständig entkriminalisieren.	Ja: Prohibition führt nicht zu weniger Konsum, sondern zu einem blühenden Schwarzmarkt. Aufgeklärte Erwachsene sollten selbst entscheiden dürfen, was sie konsumieren. Wir wollen alle psychoaktiven Substanzen differenziert nach evidenzbasierten Kriterien regulieren. Verkauf und Beratung sollten nur in Fachgeschäften und unter strikten Alterskontrollen stattfinden. Steuereinnahmen und Einsparungen in der Justiz ermöglichen den Ausbau niederschwelliger Hilfsangebote und verhindern so problematischen Konsum.

Anmerkung zur Bewertung: Die Grünen haben sich in der Antwort positiv zur Politik der Entkriminalisierung im Allgemeinen positioniert, aber nicht ausdrücklich zum portugiesischen Modell. Die SPD begrüßt eine Auswertung des portugiesischen Modells für weitergehende politischen Debatten nach der Cannabislegalisierung. Grüne, SPD und alle zustimmenden Parteien haben zudem Offenheit oder Vorhaben für größere Reformvorhaben, die über das portugiesische Modell hinausgehen und auch den Handel betreffen, signalisiert.

Cannabishandel: Änderung der europäischen und internationalen Verträge, um eine Legalisierung des Cannabishandels für den Freizeitgebrauch ausdrücklich zu ermöglichen.

2. Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. CDU und CSU nehmen dazu in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm zur Europawahl 2024 Stellung: Wir setzen uns für Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen ein. Gesellschaftliche Experimente wie die Legalisierung von Cannabis oder anderen Drogen zum Freizeitkonsum lehnen wir entschieden ab. Wir wollen daher keine Legalisierung von Cannabis. CDU und CSU im Europäischen Parlament werden sich nicht für eine vollumfängliche Legalisierung einsetzen.	Ja. Wir streben eine EU-weite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, sodass jedes Land selbst entscheiden kann. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.	Das Recht der gesetzgeberischen Initiative für die vollumfängliche Legalisierung von Cannabis in der EU liegt bei der Europäischen Kommission. Als SPD unterstützen wir die europäischen Lösungen zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene, solange sie den Gesundheits- und Jugendschutz berücksichtigen. Allerdings gibt es im Umgang mit Cannabis enge Grenzen, die nicht nur auf europarechtliche Rechtsgrundlagen, sondern auch auf völkerrechtliche Abkommen zurückzuführen sind. Diese Herausforderung müssten wir also auch global angehen.	Die Linke setzt sich für eine grundsätzliche Revision der UN-Suchtstoffverträge ein. Bis dahin sollte ein Ausstieg "unter Vorbehalt" für Deutschland in Betracht gezogen werden, um einen vernünftigen rechtlichen Umgang mit Cannabis finden zu können. Die Verhandlungen mit der EU-Kommission in der Entstehung des Cannabisgesetzes in Deutschland waren ein Trauerspiel. Einerseits weil EU-Regelungen einer Legalisierung vermutlich entgegenstanden und das unserer Meinung nach keine EU-Aufgabe ist. Andererseits aber auch, weil die Bundesregierung die Entstehung ihres "Kompromisses" nicht transparent gemacht hat und es auf ein offizielles Notifizierungsverfahren nicht einmal hat ankommen lassen. Wir finden: Die Bundesregierung hätte es darauf ankommen lassen sollen, dass das offizielle Notifizierungsverfahren hätte scheitern können, denn das hätte europaweit Debatten hervorgerufen, die die Abschaffung von Begrenzungen im EU-Recht nach der anstehenden Wahl des EU-Parlaments erleichtert hätten.	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Reform des EU-Rechts ein, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. Mit einem Verkauf in lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden.	Ja, Volt möchte einen regulierten Handel von Cannabis ermöglichen, beispielsweise über Cannabis Social Clubs (Best Practice aus Spanien) und lizenzierte Fachgeschäfte (Best Practice aus Kanada). Im Gegensatz zum Schwarzmarkt soll sichergestellt werden, dass die Produkte regelmäßigen Qualitätskontrollen unterzogen und nur an Volljährige ab 21 Jahren ausgegeben werden. Außerdem fordern wir ein vollständiges Werbeverbot. Gelder aus der Besteuerung von Cannabisprodukten sollen in Präventions-, Aufklärungs- und Hilfsmaßnahmen fließen. Wir sind für eine gemeinsame europäische Drogenpolitik, dazu wollen wir auch die europäischen und internationalen Verträge so anpassen, dass der regulierte Handel mit Cannabisprodukten ermöglicht wird.	Ja, wir unterstützen eine Überarbeitung der UN-Drogenkonventionen und deren Umsetzung in EU-Recht, um eine evidenzbasierte Drogenpolitik zu schaffen, die der öffentlichen Gesundheit und der Schadensbegrenzung. Wir plädieren dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen.	Keine Antwort.	Ja, denn um den Freizeitgebrauch von Cannabis bürokratiearm und möglichst rechtssicher zu ermöglichen, müssen diese Verträge angepasst werden. Durch ein Umdenken in der Drogenpolitik auf globaler Ebene und das Schaffen von legalen Angeboten lässt sich auch der Schwarzmarkt effektiv bekämpfen. Ein guter erster Schritt war die Cannabis-Teillegalisierung in Deutschland.

Kokablatt: Änderung der europäischen und internationalen Verträge, um internationalen Kokablatt-Handel ausdrücklich zu ermöglichen.

3. Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
CDU und CSU planen keine gesetzliche Veränderung im Hinblick auf Kokablätter.	Nein, wir werden uns nicht dafür einsetzen, dass der internationale Handel mit Kokablättern ermöglicht wird. Die indigenen Völker des Anden-Raums nutzen Koka-Blätter nach der althergebrachten Tradition. Der Schutz indigener Traditionen ist völkerrechtlich vereinbart und muss geachtet werden.	Derzeit sehen wir für diese Veränderungen wenig Möglichkeiten. Sie können aus unserer Sicht Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte bezüglich einer neuen Drogenpolitik sein, aus der sich vielfältige Optionen entwickeln könnten.	Die Linke setzt sich für eine grundsätzliche Abkehr von der Verbotstheorie in der Drogenpolitik ein und befürwortet selbstverständlich auch innerhalb des jetzigen Systems Ausnahmen für die traditionelle Anwendung in Lateinamerika und anderen Regionen der Welt.	Die Fragen 1, 3 und 8 werden gemeinsam beantwortet. Wir Freie Demokraten haben uns in der aktuellen und werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode innerhalb unserer Europafraktion sowie allgemein für eine Reform des EU-Rechts einsetzen, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. Mit der Entkriminalisierung von Cannabis haben wir in Deutschland einen überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir haben uns bewusst auf Cannabis beschränkt. Es sind Evaluierungen der beschlossenen Maßnahmen vorgesehen und gesetzlich verankert worden, die wir abwarten und eingehend prüfen werden. Aus Sicht von uns Freien Demokraten kann ein ergebnisoffener Austausch mit Stakeholdern zu einer guten Drogen- und Suchtpolitik beitragen.	Wir haben bisher keine Position zu diesem Thema, wir können ihnen daher hierauf keine Antwort geben.	Das Verbot von Kokablättern insbesondere im Hinblick auf die traditionelle Nutzung indigener Völker entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Was über lange Zeit seine Wirkung oder Nutzen unter Beweis gestellt hat und wo kein Zweifel daran besteht, dass dieser nicht nur Einbildung oder Placeboeffekt ist, darf es keine Beschränkung in der Nutzung geben. Ja, dies [eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird] werden wir bei der unter 2 genannten Vorgehensweise einfließen lassen.	Keine Antwort.	Die von uns geforderte, nach wissenschaftlichen Kriterien differenzierte, Neuregulierung psychoaktiver Substanzen umfasst auch Kokablätter. Im Anbau für den Eigenbedarf durch indigene Völker sehen wir kein Problem.

Prävention: Durchsetzung evidenz-basierter Präventionsprogramme gemäß der bereits formulierten EU-Standards (EDPQS). Einsatz für Abkehr von generalistischen Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen an Schulen.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z. B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
CDU und CSU hatten an Präventionsangeboten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und anderen staatlichen Institutionen fest.	Ja, Suchtprävention sollte sich an wissenschaftlichen Standards wie der EDPQS ausrichten.	Als SPD haben wir die Reform der bisherigen Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht hin zur EU-Drogenagentur (EUDA) federführend geleitet. Dabei haben wir uns insbesondere für einen ausgewogenen Ansatz zwischen Sicherheit und öffentlicher Gesundheit stark gemacht. So ist es Aufgabe der EUDA, evidenzbasierte Interventionen und Sensibilisierungsmaßnahmen zu entwickeln und zu fördern, bzgl. Prävention, Behandlung, Betreuung, Risiko-/Schadensminderung, Rehabilitation, sozialer Wiedereingliederung und Genesung. Unserem Druck ist es zu verdanken, dass die EUDA dabei einen gender- und alterssensiblen Ansatz verfolgen muss. Zudem muss die EUDA die Umsetzung und Aktualisierung der EDPQS und eines Europäischen Präventionscurriculums (EUPC) fördern, damit Entscheidungsträger*innen über die wirksamsten Präventionsmaßnahmen informiert sind, und sie bewertet nationale Maßnahmen und Schulungen danach, ob sie dem neuesten wissenschaftlichen Stand entsprechen und wirksam sind.	Die Linke setzt sich für einen europaweiten Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik können Risiken und Schäden reduziert werden. Mehrere Milliarden Euro werden aktuell für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Die EU soll in ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen unterstützen, die auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung von Drogen setzen. Die Linke fordert seit Langem eine evidenzbasierte Drogen- und Präventionspolitik. Die Evidenz zeigt, dass Polizeibeamt*innen nach der langen Verfolgungsgeschichte nicht dafür geeignet sind, auf Wissen und Risikobewusstsein beim Drogenkonsum hinzuwirken. Im Gegensatz, wir befürworten strukturierte und gut evaluierte Kampagnen, die auf Schadensreduktion (statt nur Abstinenz) hinwirken und dabei gesellschaftliche Realitäten berücksichtigen.	Wir Freie Demokraten wollen die effektive Prävention, Suchtbehandlung und Beratung von Menschen mit Suchterkrankungen sowie Angehörigen stärken. Wir setzen uns in diesem Kontext auf europäischer wie nationaler Ebene dafür ein, dass eine faktenbasierte, zielgruppengerechte und niedrigschwellige Informationsvermittlung sichergestellt ist.	Ja, das ist unser Anspruch als evidenzbasierte Partei. Wir stehen hinter einer gemeinsamen europäischen Drogenpolitik, wobei die Herausgabe von Standards wie dem EDPQS durch Akteure wie die European Drugs Agency (ehemals EMCDDA), hier eine zentrale Rolle spielen. Forschung und eine Informationsvermittlung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen befürworten wir ausdrücklich. Eine Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen sollte, wenn dann nur ergänzend, und auch dann nur, wenn diese neutral nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Konsens formuliert wird, erfolgen. Aufklärung muss neben Schulen auch an Arbeitsplätzen möglich sein. Hierfür möchten wir eine möglichst urteilsfrei über die Wirkungsweisen von Substanzen, ihre Risiken und Möglichkeiten diese zu minimieren aufklären.	Ja, als Partei, die evidenzbasierte Ergebnisse zur Grundlage ihrer Politik ermannt hat, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, diesem Ansatz zu folgen,	Ja. Der Verkauf von Drogen soll in lizenzierten Läden erfolgen, um einen sicheren Jugendschutz zu gewährleisten. Werbung für Drogenkauf und -konsum wollen wir untersagen. Wir halten für Programme zur Suchtprävention gemäß der Standards, welche durch die multidisziplinären und multisektoralen Zusammenarbeit von sieben europäischen Organisationen entwickelt wurden, für dringend geboten.	Grundsätzlich sollten Aufklärungskampagnen immer auf Fakten basieren. Daher unterstützen wir die Ausweitung von evidenzbasierten Programmen. Nur so lässt sich Prävention und Aufklärung betreiben, die tatsächlich darauf abzielt, Betroffenen zu helfen, ohne sie zu stigmatisieren oder zu kriminalisieren.

Anmerkung zur Bewertung: Die SPD hat ihre stark involvierte Rolle an der Entwicklung und Verankerung der europäischen, evidenz-basierten Maßstäben wie diesem von uns genannten betont und hat vor, diese Verantwortung weiter wahrzunehmen. CDU/CSU orientiert sich an den Angaben deutschen BZGA (die vom EU-Standard abweichen). Volt führt aus, dass Polizeibeamt*innen unter Umständen ergänzend Prävention an Schulen leisten können sollen. Die Linke hat die Relevanz für die Abkehr von generalistischen Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen" ausdrücklich bestätigt.

Förderung der Forschung: Medizinische Potenziale von Cannabis, Psychedelika und weiteren illegalisierten Substanzen. Unterstützung der Erforschung von Substitutionsbehandlung bei Kokain-Abhängigkeit.

5. Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
Drogen zum Freizeitkonsum lehnen CDU und CSU entschieden ab. Im Gegensatz dazu steht die kontrollierte Abgabe von Cannabis zum medizinischen Gebrauch. Zielgerichtete Maßnahmen, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit hochreinen Cannabisarzneimitteln sicherzustellen, unterstützen wir. Zusätzlich wollen wir erforschen lassen, wie der Nutzen von medizinischem Cannabis weiter erhöht werden kann – zum Wohle von Schmerzpatienten. Auch besseren Hilfen für Konsumenten harter Drogen verschließen wir uns nicht.	Ja, die Forschung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.	Im Rahmen der Revision der Pharmagesetzgebung unterstützen wir die Förderung von neuartigen Methoden, wie psychoaktiven Substanzen, zur medizinischen Behandlung. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Einsatz von Cannabis zur medizinischen Verwendung unterstützt. Im Rahmen von europäischen Forschungsprogrammen stehen wir der Förderung von neuartigen Therapien positiv gegenüber.	Bei den medizinischen Anwendungen von Cannabis und anderen Substanzen gibt es aufgrund der langen Prohibitions Geschichte noch immer ein Forschungsdefizit. Die Linke hat die Förderung von Medizincannabis gefordert und das Gesetz im Grundsatz unterstützt. Gleichzeitig muss es für zugelassene Arzneimittel im Interesse der Patientensicherheit einen Nachweis von Wirksamkeit und Sicherheit durch aussagefähige Studien geben. Wir fordern hier mehr staatliches Engagement bei der klinischen Forschung und letztlich eine Gleichstellung von Cannabisarzneimitteln mit anderen Arzneimitteln. Wir wollen die Gesundheit von Drogenkonsumierenden schützen. Dazu gehört auch der legale Zugang für Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung zu Substanzen, die nachweislich frei von Verunreinigungen oder Streckmitteln sind und bei denen Wirkstoffkonzentration bekannt ist. Selbstverständlich brauchen die Betroffenen je nach individuellem Bedarf zusätzlich psychologische, psychosoziale und/oder medizinische Hilfe.	Im Zuge der Teil-Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis wurde Medizincannabis richtigerweise aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen und bessere Möglichkeiten für den Anbau von Medizincannabis in Deutschland geschaffen. Schon jetzt hilft Medizincannabis gegen zahlreiche Krankheiten wie Endometriose, Epilepsie oder Multiple Sklerose.	Ja. Wir setzen uns für die Förderung der medizinischen Forschung im Bereich der psychoaktiven Substanzen ein. Dafür wollen wir das Betäubungsmittelgesetz so anpassen, dass gesetzliche Hürden für Forschungsarbeit im Bereich illegalisierter Drogen gesenkt werden. Für eine solche Forschung sollen angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden. Konsumierende sollen ein vielseitiges Hilfsangebot und einfacheren Zugang zu Therapien erhalten, mit gleichzeitiger und langfristiger psychologischer, sozialmedizinischer und sozialer Betreuung. Substitutionstherapien sollen Behandlungsbeginn und -Beibehaltung voranstellen (Beispiel: Frankreich), vielfältige Substitute anbieten (Beispiel: Schweiz) und flächendeckend verfügbar sein. Wir setzen uns ein für die Schaffung von Drogenkonsumräumen und Spritzenautomaten.	Ja, wissenschaftliche Forschung zu fördern ist eines unserer plakatierten Ziele.	n/a	Die von uns geforderte Legalisierung psychoaktiver Substanzen würde auch die Forschung an ihnen erleichtern. Generell wollen wir wissenschaftliche Forschung, auch für Medikamente, stärker fördern. Eine besondere Förderung der Forschung an aktuell verbotenen Substanzen planen wir derzeit nicht. Für den Einsatz als Medikament müssen jedoch auch hier die Qualitätsansprüche der evidenzbasierten Medizin gelten: Nur wenn ein Wirkstoff in qualitativ hochwertigen klinischen Studien ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis zeigt, soll er als Medikament zugelassen werden können.

Anmerkung zur Bewertung: Die FDP hat nur den Teilaspekt der Cannabisforschung zugesichert. CDU/CSU hat bei der Cannabisforschung nur den Bedarf von Schmerzpatient*innen aufgeführt; bei anderen Substanzen kein Verschließen, aber auch keine Förderung. Die SPD hat hingegen Aufgeschlossenheit gegenüber Forschungsförderung durch europäische Programme und besserer Voraussetzungen mit Pharmagesetzgebung signalisiert.

Tabak: Regulatorische Anreize für vergleichsweise weniger schädliche Produkte als Tabakverbrunnung, bspw. Verdampfen von Cannabis ohne Beimischung von Tabak. Vorhaben zur Verbesserung des Nichtrauchererschutzes.

6. Sollten für den Konsum von Substanzen (z. B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtrauchererschutzes (Tabak) unternehmen?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
<p>Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und die EVP-Fraktion erkennen an, dass E-Zigaretten deutlich weniger schädlich als Tabak sind. Wir haben uns deshalb in den Diskussionen auf europäischer Ebene, insbesondere bei den Beratungen des Sonderausschusses Krebs, dafür eingesetzt, dass E-Zigaretten keinesfalls mit Tabak gleichgestellt werden. Aufklärung zum vollständigen Rauchstopp und Zugang zu evidenzbasierten Programmen mit Arzneimitteln zur Tabakentwöhnung unterstützen wir.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen, die den Konsum von Substanzen einschränken, an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden. Wir wollen die Entstehung von tabakassoziierten Krankheiten bestmöglich verhindern und auch Nichtraucher*innen schützen. Dafür wollen wir primär die Bemühungen zur Reduzierung des Tabakgebrauchs stärken, etwa durch eine Reduzierung des Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Lücken, die bei Werbung - zum Beispiel auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings - noch bestehen, sind jetzt EU-weit zu schließen.</p>	<p>Da der Vorschlag der Kommission noch nicht veröffentlicht wurde, können wir noch nicht genau absehen, wie die internen Diskussionen verlaufen werden. Wir werden entsprechende Regelungen an wissenschaftlichen Erkenntnissen messen und die Entscheidungen an dem Gesundheits- und Jugendschutz haben für uns die höchste Priorität. Uns ist wichtig, dass die Konsumententscheidungen bewusst und informiert geschehen, und setzen uns für eine verstärkte Nikotinprävention mit dem Fokus auf Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen ein.</p>	<p>Die Tabaksteuer soll nach Ansicht der Linken tatsächlich steuern und sollte anhand der Schädlichkeit ausgerichtet werden. Das würde heißen, dass nikotinhaltige E-Zigaretten am wenigsten zu versteuern wären. Das könnte dazu beitragen, die tabakbedingten gesundheitlichen Schäden zu reduzieren. Klassische Rauchtobakprodukte sind am schädlichsten und sollten entsprechend hoch besteuert werden. Rauchfreie Tabakerhitzer liegen dazwischen. Für nikotinfreien Konsum sehen wir keine Notwendigkeit einer besonderen Besteuerung. Zusätzlich fordern wir eine konsequente Umsetzung des Tabakrahenübereinkommens. Defizite sehen wir in Deutschland insbesondere bei der Umsetzung des umfassenden Werbe-, Marketing und Sponsoringverbots und bei der Begrenzung des Einflusses der Tabaklobby auf die Politik. Den Nichtrauchererschutzes wollen wir bundeseinheitlich verbessern und landestypische Ausnahmen in der Gastronomie strikt begrenzen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten unterstützen das Ansinnen der EU, mit effektiven Initiativen gegen Krebserkrankungen vorzugehen und dabei auch den Tabakkonsum in den Blick zu nehmen. Den Gefahren des Tabakkonsums wollen wir allerdings nicht durch Bevormundung begegnen, sondern insbesondere durch Aufklärung und Prävention. Wir vertrauen auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die Risiken eigenständig abwägen können. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung von Präventionsprogrammen und Suchtberatungsstellen ein. Zugleich wollen wir den Nichtrauchererschutzes sicherstellen und dabei auch den Schädlichkeitsgrad unterschiedlicher Konsumformen berücksichtigen.</p>	<p>Wir wollen die von Tabak verursachten Schäden reduzieren und den Nichtrauchererschutzes verbessern. Deswegen setzen wir uns für ein vollständiges Werbeverbot für Nikotin-Produkte ein. Konsumverbote von Cannabis sollen sich an den Regelungen zum Nichtrauchererschutzes bei Tabakprodukten orientieren. Es ist wichtig, eine differenzierte Risikokommunikation bei Nikotin-Produkten zu betreiben. Das heißt, klar zu formulieren, dass die E-Zigarette und Tabakerhitzer nicht harmlos sind, aber eine weniger schädliche Alternative zum Weiterrauchen darstellen können, wenn anders der Verzicht auf die weit gefährlichere Tabakzigarette nicht gelingt. Eine fundierte Aufklärung durch Gesundheitsbehörden ist nötig, um vermeidbare Gesundheitsschäden zu minimieren. Gerade bei Tabakprodukten zeigt sich, dass eine ungleiche Besteuerung von verschiedenen Produkten Ausweichreaktionen hervorruft. Tabakprodukte wie Feinschnitt, Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak wollen wir daher an den Grad der Besteuerung von Zigaretten angleichen.</p>	<p>Prinzipiell müssen alle Regelungen im Zusammenhang mit Drogen jeglicher Art evidenzbasiert sein. Dabei spielt der Gesundheitsschutz eine herausragende Rolle. Dies gilt auch für die Einstufung des Konsums via Verdampfer und Rauchens. Da die wissenschaftlich Forschung hier noch nicht zu einheitlichen Ergebnissen hinsichtlich der Frage, welche Konsumart größere Risiken mit sich bringt, können wir zu dieser Frage noch keine abschließende Einschätzung geben. Da das Vapen allerdings vielfach für überdurchschnittliche Lungenschädigungen verantwortlich gemacht wird, sieht es nicht so aus, dass wir weniger strenge Regeln für die Art dieses Konsums unterstützen würden. Wir unterstützen eine gemeinsame europäische Tabakpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Tabak fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing abschaffen.</p>	<p>Nein. Unabhängige Studien belegen, dass eine Erhitzung nicht weniger schädlich ist als die Verbrennung. Daher setzen wir auch für diese Form des Konsums die gleichen Maßstäbe an wie für andere Drogen: Wir werden die negativen Folgen des Drogenkonsums bekämpfen, uns für Suchtprävention nach den European Drug Prevention Quality Standards einsetzen und gleichzeitig jedem Menschen die Freiheit überlassen, sein Konsumverhalten selbst zu bestimmen.</p>	<p>In beiden Fällen ist es wichtig, Nicht-Konsumenten vor passivem Konsum zu schützen. Daher sehen wir derzeit keinen Grund, hier weniger strenge Regeln anzuwenden. Darüber hinaus fordern wir beispielsweise stärkere Werbeschränkungen für Tabakprodukte.</p>

Alkohol: Strengere Regulierung des Alkohol-Marktes.

7. Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
<p>CDU und CSU begrüßen die Diskussion um höhere Altersgrenzen für den Alkoholkonsum von Jugendlichen.</p>	<p>Der Jugendschutz gebietet es, für Alkohol, Glücksspiel sowie Sportwetten Werbebeschränkungen voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, Lücken, die bei Werbung – zum Beispiel auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings – noch bestehen, EU-weit zu schließen.</p>	<p>Bei der Alkoholprävention setzen wir auf verstärkte Aufklärung mit besonderem Fokus auf Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen. Verantwortungsvoller und informierter Konsum steht für uns an der ersten Stelle. Deswegen befürworten wir ein verstärktes Labeling und verschärfte Regelungen für Marketing und Sponsoring bei Alkohol. Wir messen Regelungen immer wieder an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und richten daran Maßnahmen zum Gesundheitsschutz aus. Denn der Gesundheits- und Jugendschutz haben für uns die höchste Priorität.</p>	<p>Alkohol und Tabak verursachen riesige Schäden in unserer Gesellschaft. Alkohol ist dabei wohl noch weitgehend unterschätzt, denn auch außerhalb der Abhängigkeit und des Rauschtrinkens schädigt es die Gesundheit auf vielfältige Weise. Wie bei heute illegalen Drogen wollen wir keine Konsumverbote, wohl aber eine verbesserte Aufklärung (auch zur Schädigung Dritter durch Verkehrsunfälle, Gewalt, Trinken in der Schwangerschaft oder von Angehörigen alkoholabhängiger Menschen), die Förderung der sozialen Kontrolle (Besoffen sein ist nicht cool) und eine Angebotsreduktion für Brennpunkte. Wir fordern ein Werbe- und Sponsoringverbot wie bei Tabakprodukten. Mindestpreise zur Vermeidung von "Komasaufen" vor allem bei Jugendlichen sind auf Basis der internationalen Evidenz zu prüfen.</p>	<p>Nein, denn die bisherige Regulierung halten wir für ausreichend. Wir wollen, dass mündige Bürgerinnen und Bürger frei, selbstbestimmt und gut aufgeklärt zu alkoholischen Genussmitteln greifen können.</p>	<p>Ja. Wir setzen uns für ein vollständiges Werbeverbot für Produkte, die Sucht erweckend sind ein. Außerdem wollen wir die Besteuerung von Alkohol erhöhen. Durch die Mehreinnahmen wollen wir gemeindebasierte Präventionsmaßnahmen für den Jugendschutz wie in Island realisieren.</p>	<p>Ja, wir unterstützen eine gemeinsame europäische Alkoholpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing abschaffen.</p>	<p>Keine Antwort.</p>	<p>Ja, hier fordern wir eine stärkere Reglementierung der Werbemöglichkeiten von Alkohol-Produzenten sowie ein Verbot des Verkaufs alkoholischer Produkte an Tankstellen und im Kassenbereich von Supermärkten. Psychoaktive Substanzen sollen nach unserer Forderung nur in darauf spezialisierten Geschäften erhältlich sein.</p>

Partizipation: Mechanismen für garantierte Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, an der EU-Drogenpolitik. Insbesondere durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

8. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

CDU/CSU	Grüne	SPD	Linke	FDP	Volt	Piraten	MERA25	PdH
Die Abgeordneten von CDU und CSU im Europäischen Parlament stehen allen Gruppen für den Austausch von spezifischen Fragestellungen oder für das Einbringen von Positionen in zahlreichen Fachgebieten zur Verfügung. Darüber hinaus richtet sich unser Fokus in der Drogenpolitik richtet sich auf Ärztinnen und Ärzte, Eltern, Kinder und Jugendpsychologen sowie der Bandbreite an Akteuren aus dem Bereich der Drogen- und Suchthilfe/-prävention.	Grundsätzlich erfordert jede wichtige Veränderung die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft vor Ort. Eine partizipative Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Deshalb setzen wir uns in allen Bereichen für Mechanismen wie Bürger*innendialoge, öffentliche Beratungen oder Foren ein. Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen und Mitbestimmung ermöglichen.	Wenn möglich, nutzt die SPD partizipative Instrumente, die eine bessere Rechtsetzung zum Ziel haben. Die betroffenen Communitys sind für uns äußerst wichtige Stakeholder bei der EU-Gesetzgebung, um fundierte Entscheidungen in politischen Prozessen zu treffen. Ihre Einbindung ist nicht nur von großer Bedeutung, sondern sogar unerlässlich, da sie die erforderliche Expertise besitzen, um uns genau zu sagen, welche Bedürfnisse bestehen und wo die Betroffenen nicht gehört werden. Daher nutzen wir aktiv und intensiv Konsultationen sowie bilaterale Meetings, um ihre Standpunkte zur EU-Gesetzgebung zu berücksichtigen. Ferner ist es uns ein wichtiges Anliegen, Gesetze zu entwickeln, die einen nachhaltigen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bringen, und stehen allen Hinweisen und Perspektiven offen gegenüber.	Ja, dafür setzen wir uns ein. Wir freuen uns, dass die Cannabis-Legalisierungscommunity gut organisiert und deutlich hörbar ist. Konsumierende anderer Drogen und erst recht Menschen mit Drogenproblemen haben dagegen kaum eine Lobby. Ihre Stimme muss gestärkt werden. Wir fordern mehr staatliche Unterstützung für selbstorganisierte Konsumierendengruppen und akzeptierende Drogenhilfe, denn diese Ansätze sind nah am Geschehen und in der Lage, drogenbedingte Problemfelder und den Handlungsbedarf formulieren können. Suchtkranke müssen die Möglichkeit erhalten und behalten, ihr Leben und ihre Umwelt nach ihren Vorstellungen mit gestalten zu können (Selbstwirksamkeit, Adhärenz).	Die Fragen 1, 3 und 8 werden gemeinsam beantwortet. Wir Freie Demokraten haben uns in der aktuellen und werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode innerhalb unserer Europafraktion sowie allgemein für eine Reform des EU-Rechts einsetzen, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. Mit der Entkriminalisierung von Cannabis haben wir in Deutschland einen überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir haben uns bewusst auf Cannabis beschränkt. Es sind Evaluierungen der beschlossenen Maßnahmen vorgesehen und gesetzlich verankert worden, die wir abwarten und eingehend prüfen werden. Aus Sicht von uns Freien Demokraten kann ein ergebnisoffener Austausch mit Stakeholdern zu einer guten Drogen- und Suchtpolitik beitragen.	Ja. Wir stellen konsumierende und sucht- oder abhängigkeitserkrankte Menschen in den Mittelpunkt unserer Drogen- und Suchtpolitik und möchten der Stigmatisierung von ihnen sowie dem Konsum von drogen entgegenwirken. Der aktuelle Drogenpolitik muss endlich mit der Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der sozialen Realität begegnet werden. Mit einer besseren Drogenpolitik kann viel Leid von Konsumierenden und Abhängigkeitserkrankten entscheidend reduziert werden. Volt setzt sich für einen gemeinsamen Konsens in der Drogenpolitik in Europa ein. Ziel ist es, effektive Maßnahmen nicht nur national, sondern grenzübergreifend in ganz Europa zu etablieren, um so bspw. Drogentourismus vorzubeugen. Auf europäischer Ebene wollen wir eine unabhängige Kommission für die Erstellung eines Konzepts für eine zeitgemäße Drogenpolitik ins Leben rufen. Die Kommission soll desweiteren alle drogenpolitischen Maßnahmen wissenschaftlich begleiten, evaluieren und bei Bedarf Änderungsvorschläge vorschlagen.	Ja, gemäß unserem Motto "Zuhören statt Abhören" ist es unsere Herangehensweise, bei allen politischen Fragen so gut wie möglich mit den Betroffenen zu sprechen. So ist sicher gestellt, dass diejenigen, die die Politik am ehesten und meisten beeinflusst, auch am meisten berücksichtigt werden. Im Rahmen der den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf den Haushalt Einfluss zu nehmen, werden wir Mittel beantragen.	Ja. Wir stehen für eine Kultur der Beteiligung. Wir wollen Entscheidungsprozesse partizipativer gestalten. Wir wollen, dass das Wissen und die Erfahrung von Betroffenen Gehör findet und in die Entscheidungen einfließt. Wir wollen Einrichtungen, die sich mittels kollektiver demokratischer Prinzipien organisieren, zusätzlich finanziell unterstützen.	Erfolgreiche Drogenpolitik funktioniert nur, wenn sie auf die Bedürfnisse der Betroffenen Rücksicht nimmt und ihre Wünsche (beispielsweise zu individueller Suchtprävention und Hilfsangeboten) berücksichtigt werden. Wir fordern außerdem eine Abgabe auf den Erlös aus dem Verkauf legalisierter psychoaktiver Substanzen, die für Prävention, Aufklärung und Hilfsangebote verwendet werden soll.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen von My Brain My Choice Initiative

1. Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

2. Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Antwort:

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

CDU und CSU nehmen dazu in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm zur Europawahl 2024 Stellung: Wir setzen uns für Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen ein. Gesellschaftliche Experimente wie die Legalisierung von Cannabis oder anderen Drogen zum Freizeitkonsum lehnen wir entschieden ab. Wir wollen daher keine Legalisierung von Cannabis. CDU und CSU im Europäischen Parlament werden sich nicht für eine vollumfängliche Legalisierung einsetzen.

3. Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Antwort:

CDU und CSU planen keine gesetzliche Veränderung im Hinblick auf Kokablätter.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z. B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Antwort:

CDU und CSU halten an Präventionsangeboten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und anderen staatlichen Institutionen fest.

5. Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Antwort:

Drogen zum Freizeitkonsum lehnen CDU und CSU entschieden ab. Im Gegensatz dazu steht die kontrollierte Abgabe von Cannabis zum medizinischen Gebrauch. Zielgerichtete Maßnahmen, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit hochreinen Cannabisarzneimitteln sicherzustellen, unterstützen wir. Zusätzlich wollen wir erforschen lassen, wie der Nutzen von medizinischem Cannabis weiter erhöht werden kann – zum Wohle von Schmerzpatienten. Auch besseren Hilfen für Konsumenten harter Drogen verschließen wir uns nicht.

6. Sollten für den Konsum von Substanzen (z. B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer (“Vaporizer”) weniger strenge Regeln gelten als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antwort:

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und die EVP-Fraktion erkennen an, dass E-Zigaretten deutlich weniger schädlich als Tabak sind. Wir haben uns deshalb in den Diskussionen auf europäischer Ebene, insbesondere bei den Beratungen des Sonderausschusses Krebs, dafür eingesetzt, dass E-Zigaretten keinesfalls mit Tabak gleichgestellt werden. Aufklärung zum vollständigen Rauchstopp und Zugang zu evidenzbasierten Programmen mit Arzneimitteln zur Tabakentwöhnung unterstützen wir.

7. Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Antwort:

CDU und CSU begrüßen die Diskussion um höhere Altersgrenzen für den Alkoholkonsum von Jugendlichen.

8. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Antwort:

Die Abgeordneten von CDU und CSU im Europäischen Parlament stehen allen Gruppen für den Austausch von spezifischen Fragestellungen oder für das Einbringen von Positionen in zahlreichen Fachgebieten zur Verfügung. Darüber hinaus richtet sich unser Fokus in der Drogenpolitik richtet sich auf Ärztinnen und Ärzte, Eltern, Kinder- und Jugendpsychologen sowie der Bandbreite an Akteuren aus dem Bereich der Drogen- und Suchthilfe/-prävention.

Antworten auf die Wahlprüfsteine für die My Brain My Choice Initiative anlässlich der Europawahl 2024



Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Wir GRÜNE wollen einen drogenpolitischen Paradigmenwechsel und setzen auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Forschung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und Gesundheitsrisiken zu minimieren. Wir fordern langfristig eine an den tatsächlichen Gesundheitsrisiken orientierte Drogen-Regulierung.

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Ja. Wir streben eine EU-weite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, sodass jedes Land selbst entscheiden kann. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Nein, wir werden uns nicht dafür einsetzen, dass der internationale Handel mit Kokablättern ermöglicht wird. Die indigenen Völker des Anden-Raums nutzen Koka-Blätter nach der althergebrachten Tradition. Der Schutz indigener Traditionen ist völkerrechtlich vereinbart und muss geachtet werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Ja, Suchtprävention sollte sich an wissenschaftlichen Standards wie der EDPQS ausrichten.

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Ja, die Forschung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucher-schutzes (Tabak) unternehmen?

Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen, die den Konsum von Substanzen einschränken, an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden.

Wir wollen die Entstehung von tabakassoziierten Krankheiten bestmöglich verhindern und auch Nichtraucher*innen schützen. Dafür wollen wir primär die Bemühungen zur Reduzierung des Tabakgebrauchs stärken, etwa durch eine Reduzierung des Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Lücken, die bei Werbung - zum Beispiel auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings - noch bestehen, sind jetzt EU-weit zu schließen.

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Der Jugendschutz gebietet es, für Alkohol, Glücksspiel sowie Sportwetten Werbeeinschränkungen voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, Lücken, die bei Werbung – zum Beispiel auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings – noch bestehen, EU-weit zu schließen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Grundsätzlich erfordert jede wichtige Veränderung die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft vor Ort. Eine partizipative Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Deshalb setzen wir uns in allen Bereichen für Mechanismen wie Bürger*innendialoge, öffentliche Beratungen oder Foren ein. Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen und Mitbestimmung ermöglichen.

Wahlprüfstein

My Brain My Choice Initiative

Thema 1: Entkriminalisierung

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum von Drogen nicht gesenkt; sie stehen einer effektiven Suchtprävention und dem Jugendschutz entgegen. Die Erfahrungen aus Portugal sind vielversprechend in Bezug auf die Entwicklung eines bewussten und informierten Umgangs mit Drogen sowie den Rückgang der Drogenkriminalität. Dieses Modell Portugals sollte nach der Evaluation der neuen Regeln zum Umgang mit Cannabis gesellschaftlich auch in Deutschland diskutiert werden. Denn es bietet uns eine chancenreiche Option an.

Thema 2: Europäische und internationale Verträge I

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Das Recht der gesetzgeberischen Initiative für die vollumfängliche Legalisierung von Cannabis in der EU liegt bei der Europäischen Kommission. Als SPD unterstützen wir die europäischen Lösungen zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene, solange sie den Gesundheits- und Jugendschutz berücksichtigen. Allerdings gibt es im Umgang mit Cannabis enge Grenzen, die nicht nur auf europarechtliche Rechtsgrundlagen, sondern auch auf völkerrechtliche Abkommen zurückzuführen sind. Diese Herausforderung müssten wir also auch global angehen.

Thema 3: Europäische und internationale Verträge II

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Derzeit sehen wir für diese Veränderungen wenig Möglichkeiten. Sie können aus unserer Sicht Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte bezüglich einer neuen Drogenpolitik sein, aus der sich vielfältige Optionen entwickeln könnten.

Thema 4: Suchtprävention in Schulen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Als SPD haben wir die Reform der bisherigen Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht hin zur EU-Drogenagentur (EUDA) federführend geleitet. Dabei haben wir uns insbesondere für einen ausgewogenen Ansatz zwischen Sicherheit und öffentlicher Gesundheit stark gemacht. So ist es Aufgabe der EUDA, evidenzbasierte Interventionen und Sensibilisierungsmaßnahmen zu entwickeln und zu fördern, bzgl. Prävention, Behandlung, Betreuung, Risiko-/Schadensminderung, Rehabilitation, sozialer Wiedereingliederung und Genesung. Unserem Druck ist es zu verdanken, dass die EUDA dabei einen gender- und alterssensiblen Ansatz verfolgen muss. Zudem muss die EUDA die Umsetzung und Aktualisierung der EDPQS und eines Europäischen Präventionscurriculums (EUPC) fördern, damit Entscheidungsträger*innen über die wirksamsten Präventionsmaßnahmen informiert sind, und sie bewertet nationale Maßnahmen und Schulungen danach, ob sie dem neuesten wissenschaftlichen Stand entsprechen und wirksam sind.

Thema 5: Forschungsförderung

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Im Rahmen der Revision der Pharmagesetzgebung unterstützen wir die Förderung von neuartigen Methoden, wie psychoaktiven Substanzen, zur medizinischen Behandlung. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Einsatz von Cannabis zur medizinischen Verwendung unterstützt. Im Rahmen von europäischen Forschungsprogrammen stehen wir der Förderung von neuartigen Therapien positiv gegenüber.

Thema 6: Konsumentenschutz/Verbraucherschutz

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucher-schutzes (Tabak) unternehmen?

Da der Vorschlag der Kommission noch nicht veröffentlicht wurde, können wir noch nicht genau absehen, wie die internen Diskussionen verlaufen werden. Wir werden entsprechende Regelungen

an wissenschaftlichen Erkenntnissen messen und die Entscheidungen an dem Gesundheitsschutz ausrichten. Denn der Gesundheits- und Jugendschutz haben für uns die höchste Priorität. Uns ist wichtig, dass die Konsumententscheidungen bewusst und informiert geschehen, und setzen uns für eine verstärkte Nikotinprävention mit dem Fokus auf Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen ein.

Thema 7: Alkoholpolitik

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Bei der Alkoholprävention setzen wir auf verstärkte Aufklärung mit besonderem Fokus auf Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen. Verantwortungsvoller und informierter Konsum steht für uns an der ersten Stelle. Deswegen befürworten wir ein verstärktes Labeling und verschärfte Regelungen für Marketing und Sponsoring bei Alkohol. Wir messen Regelungen immer wieder an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und richten daran Maßnahmen zum Gesundheitsschutz aus. Denn der Gesundheits- und Jugendschutz haben für uns die höchste Priorität.

Thema 8: Partizipation

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Wenn möglich, nutzt die SPD partizipative Instrumente, die eine bessere Rechtsetzung zum Ziel haben. Die betroffenen Communitys sind für uns äußerst wichtige Stakeholder bei der EU-Gesetzgebung, um fundierte Entscheidungen in politischen Prozessen zu treffen. Ihre Einbindung ist nicht nur von großer Bedeutung, sondern sogar unerlässlich, da sie die erforderliche Expertise besitzen, um uns genau zu sagen, welche Bedürfnisse bestehen und wo die Betroffenen nicht gehört werden. Daher nutzen wir aktiv und intensiv Konsultationen sowie bilaterale Meetings, um ihre Standpunkte zur EU-Gesetzgebung zu berücksichtigen. Ferner ist es uns ein wichtiges Anliegen, Gesetze zu entwickeln, die einen nachhaltigen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bringen, und stehen allen Hinweisen und Perspektiven offen gegenüber.

Wahlprüfstein Die Linke - Europawahl 2024

My Brain My Choice Initiative

Frau Philine Edbauer

Bundesweites Netzwerk und Interessenvertretung (www.mybrainmychoice.de/ueber-uns)

1

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Ja. Die relative Entkriminalisierung von Drogenkonsum in Portugal war für Europa und weltweit ein Meilenstein. Dadurch wurden die Handlungsmöglichkeiten der Staaten innerhalb des UN-Vertragssystems ausgetestet und die Auswirkungen konnten gut evaluiert werden: Die Ergebnisse sprechen für sich. Die Linke fordert die Entkriminalisierung von Drogenkonsum. Mehr noch: Wir wollen für alle Drogen mittelfristig legale Bezugsquellen, damit die tödliche Spirale aus Illegalität, Verelendung und organisierter Kriminalität durchbrochen wird. Viele der drastischen Folgen von Drogenkonsum sind heute direkte Folge der Prohibition - und werden doch zur Rechtfertigung der Prohibition herangezogen. Die Debatte ist stark ideologisiert: Wir wollen klar zwischen den Auswirkungen von Substanzkonsum und der Illegalisierung unterscheiden – ohne die Substanzen zu verharmlosen. Wir fordern eine rationale und evidenzbasierte Drogenpolitik, die die Gesundheit der Menschen und die Gesellschaft bestmöglich schützt.

2

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Die Linke setzt sich für eine grundsätzliche Revision der UN-Suchtstoffverträge ein. Bis dahin sollte ein Ausstieg "unter Vorbehalt" für Deutschland in Betracht gezogen werden, um einen vernünftigen rechtlichen Umgang mit Cannabis finden zu können. Die Verhandlungen mit der EU-Kommission in der Entstehung des Cannabisgesetzes in Deutschland waren ein Trauerspiel. Einerseits weil EU-Regelungen einer Legalisierung vermutlich entgegenstanden und das unserer Meinung nach keine EU-Aufgabe ist. Andererseits aber auch, weil die Bundesregierung die Entstehung ihres "Kompromisses" nicht transparent gemacht hat und es auf ein offizielles Notifizierungsverfahren nicht einmal hat ankommen lassen. Wir finden: Die Bundesregierung hätte es darauf ankommenlassen sollen, dass das offizielle Notifizierungsverfahren hätte scheitern können, denn das hätte europaweit Debatten hervorgerufen, die die Abschaffung von Begrenzungen im EU-Recht nach der anstehenden Wahl des EU-Parlaments erleichtert hätten.

3

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Die Linke setzt sich für eine grundsätzliche Abkehr von der Verbotslogik in der Drogenpolitik ein und befürwortet selbstverständlich auch innerhalb des jetzigen Systems Ausnahmen für die traditionelle Anwendung in Lateinamerika und anderen Regionen der Welt.

4

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Die Linke setzt sich für einen europaweiten Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik können Risiken und Schäden reduziert werden. Mehrere Milliarden Euro werden aktuell für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Die EU soll in ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen unterstützen, die auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung von Drogen setzen. Die Linke fordert seit Langem eine evidenzbasierte Drogen- und Präventionspolitik. Die Evidenz zeigt, dass Polizeibeamt*innen nach der langen Verfolgungsgeschichte nicht dafür geeignet sind, auf Wissen und Risikobewusstsein beim Drogenkonsum hinzuwirken. Im Gegensatz, wir befürworten strukturierte und gut evaluierte Kampagnen, die auf Schadensreduktion (statt nur Abstinenz) hinwirken und dabei gesellschaftliche Realitäten berücksichtigen.

5

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Bei den medizinischen Anwendungen von Cannabis und anderen Substanzen gibt es aufgrund der langen Prohibitions Geschichte noch immer ein Forschungsdefizit. Die Linke hat die Förderung von Medizincannabis gefordert und das Gesetz im Grundsatz unterstützt. Gleichzeitig muss es für zugelassene Arzneimittel im Interesse der Patientensicherheit einen Nachweis von Wirksamkeit und Sicherheit durch aussagefähige Studien geben. Wir fordern hier mehr staatliches Engagement bei der klinischen Forschung und letztlich eine Gleichstellung von Cannabisarzneimitteln mit anderen Arzneimitteln. Wir wollen die Gesundheit von Drogenkonsumierenden schützen. Dazu gehört auch der legale Zugang für

Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung zu Substanzen, die nachweislich frei von Verunreinigungen oder Streckmitteln sind und bei denen Wirkstoffkonzentration bekannt ist. Selbstverständlich brauchen die Betroffenen je nach individuellem Bedarf zusätzlich psychologische, psychosoziale und/oder medizinische Hilfe.

6

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

Die Tabaksteuer soll nach Ansicht der Linken tatsächlich steuern und sollte anhand der Schädlichkeit ausgerichtet werden. Das würde heißen, dass nikotinhaltige E-Zigaretten am wenigsten zu versteuern wären. Das könnte dazu beitragen, die tabakbedingten gesundheitlichen Schäden zu reduzieren. Klassische Rauchtobakprodukte sind am schädlichsten und sollten entsprechend hoch besteuert werden. Rauchfreie Tabakerhitzer liegen dazwischen. Für nikotinfreien Konsum sehen wir keine Notwendigkeit einer besonderen Besteuerung. Zusätzlich fordern wir eine konsequente Umsetzung des Tabakrahmenübereinkommens. Defizite sehen wir in Deutschland insbesondere bei der Umsetzung des umfassenden Werbe-, Marketing und Sponsoringverbots und bei der Begrenzung des Einflusses der Tabaklobby auf die Politik. Den Nichtraucherschutz wollen wir bundeseinheitlich verbessern und landestypische Ausnahmen in der Gastronomie strikt begrenzen.

7

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Alkohol und Tabak verursachen riesige Schäden in unserer Gesellschaft. Alkohol ist dabei wohl noch weitgehend unterschätzt, denn auch außerhalb der Abhängigkeit und des Rauschtrinkens schädigt es die Gesundheit auf vielfältige Weise. Wie bei heute illegalen Drogen wollen wir keine Konsumverbote, wohl aber eine verbesserte Aufklärung (auch zur Schädigung Dritter durch Verkehrsunfälle, Gewalt, Trinken in der Schwangerschaft oder von Angehörigen alkoholabhängiger Menschen), die Förderung der sozialen Kontrolle (Besoffen sein ist nicht cool) und eine Angebotsreduktion für Brennpunkte. Wir fordern ein Werbe- und Sponsoringverbot wie bei Tabakprodukten. Mindestpreise zur Vermeidung von "Komasaufen" vor allem bei Jugendlichen sind auf Basis der internationalen Evidenz zu prüfen.

8

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Ja, dafür setzen wir uns ein. Wir freuen uns, dass die Cannabis-Legalisierungcommunity gut organisiert und deutlich hörbar ist. Konsumierende anderer Drogen und erst recht Menschen mit Drogenproblemen haben dagegen kaum eine Lobby. Ihre Stimme muss gestärkt werden. Wir fordern mehr staatliche Unterstützung für selbstorganisierte Konsumierendengruppen und akzeptierende Drogenhilfe, denn diese Ansätze sind nah am Geschehen und in der Lage, drogenbedingte Problemfelder und den politischen Handlungsbedarf formulieren können. Suchtkranke müssen die Möglichkeit erhalten und behalten, ihr Leben und ihre Umwelt nach ihren Vorstellungen mit gestalten zu können (Selbstwirksamkeit, Adhärenz).

Betreff: Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024
Von: FDP-Bundesgeschäftsstelle <programm@fdp.de>
Datum: 23.05.2024, 14:51
An: team@mybrainmychoice.de

FDP-Bundesgeschäftsstelle

**Freie
Demokraten**
FDP

Sehr geehrte Frau Edbauer,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Europawahl 2024.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne wie folgt Stellung:

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Die Fragen 1, 3 und 8 werden gemeinsam beantwortet.

Wir Freie Demokraten haben uns in der aktuellen und werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode innerhalb unserer Europafraktion sowie allgemein für eine Reform des EU-Rechts einsetzen, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. Mit der Entkriminalisierung von Cannabis haben wir in Deutschland einen überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir haben uns bewusst auf Cannabis beschränkt. Es sind Evaluierungen der beschlossenen Maßnahmen vorgesehen und gesetzlich verankert worden, die wir abwarten und eingehend prüfen werden. Aus Sicht von uns Freien Demokraten kann ein ergebnisoffener Austausch mit Stakeholdern zu einer guten Drogen- und Suchtpolitik beitragen.

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Reform des EU-Rechts ein, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen. Mit einem Verkauf in lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden.

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Vergleiche die Antwort auf Frage 1.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Wir Freie Demokraten wollen die effektive Prävention, Suchtbehandlung und Beratung von Menschen mit Suchterkrankungen sowie Angehörigen stärken. Wir setzen uns in diesem Kontext auf europäischer wie nationaler Ebene dafür ein, dass eine faktenbasierte, zielgruppengerechte und niedrigschwellige Informationsvermittlung sichergestellt ist.

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Im Zuge der Teil-Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis wurde Medizinalcannabis richtigerweise aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen und bessere Möglichkeiten für den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland geschaffen. Schon jetzt hilft Medizinalcannabis gegen zahlreiche Krankheiten wie Endometriose, Epilepsie oder Multiple Sklerose.

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

Wir Freie Demokraten unterstützen das Ansinnen der EU, mit effektiven Initiativen gegen Krebserkrankungen vorzugehen und dabei auch den Tabakkonsum in den Blick zu nehmen. Den Gefahren des Tabakkonsums wollen wir allerdings nicht durch Bevormundung begegnen, sondern insbesondere durch Aufklärung und Prävention. Wir vertrauen auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die Risiken eigenständig abwägen können. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung von Präventionsprogrammen und Suchtberatungsstellen ein. Zugleich wollen wir den Nichtraucherschutz sicherstellen und dabei auch den Schädlichkeitsgrad unterschiedlicher Konsumformen berücksichtigen.

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Nein, denn die bisherige Regulierung halten wir für ausreichend. Wir wollen, dass mündige Bürgerinnen und Bürger frei, selbstbestimmt und gut aufgeklärt zu alkoholischen Genussmitteln greifen können.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Vergleiche die Antwort auf Frage 1.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Team der FDP-Bundesgeschäftsstelle

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

info@fdp.de
www.fdp.de

Datenschutzhinweis: Die Freie Demokratische Partei (FDP) e.V. (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49-30-2849580, info@fdp.de) verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer Fragen und, um mit Ihrem Verband bzw. Ihrer Organisation im inhaltlichen Austausch zu bleiben. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Betroffenenrechten, finden Sie unter: <https://fdp.de/dsgvo-informationen>.



Betreff: Rückmeldung auf Ihre Wahlprüfsteine

Von: Dr. Claudius Moseler - ÖDP Generalsekretär <politik@oedp.de>

Datum: 29.05.2024, 13:29

An: team@mybrainmychoice.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen einen Auszug aus unserem Bundespolitischen Programm zu Ihrer Anfrage als Antwort der ÖDP:

2.7 Drogenprävention und Drogentherapie

Drogenkonsum war und ist zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften eine soziale Realität. Seine individuellen und kollektiven Folgen sind teilweise dramatisch und dürfen keinesfalls verharmlost werden. Abhängigkeit und Sucht, Verkehrs- und Arbeitsunfälle, schwere körperliche, geistige und seelische Schäden samt den damit verbundenen Belastungen für das soziale Umfeld der Betroffenen und den finanziellen Lasten für die Gesellschaft sind häufige Folgen des Konsums von Alkohol, Nikotin und illegalen Drogen, aber auch von missbräuchlicher Medikamenteneinnahme und nichtstofflichen Abhängigkeiten (z.B. Spielsucht).

Alle Versuche einer strikten Prohibition sind gescheitert. Andererseits zeigt der Rückgang des Alkohol- und Nikotinkonsums in den letzten Jahren, dass zielgerichtete Maßnahmenbündel gewisse Erfolge zeitigen (z.B. Aufklärung, Werbeverbot, Verbot von Automatenverkauf; Nichtraucher-schutz in Gaststätten, öffentlichen Gebäuden, Zügen und Bussen, Schulen und Krankenhäusern). Wo der kontrollierte, mäßige Konsum zur krankhaften Abhängigkeit wird, ist dies auch als Krankheit zu behandeln, wie es derzeit z.B. bei Alkoholismus schon geschieht. Alle drogenpolitischen Maßnahmen sind daher darauf auszurichten, Süchte jedweder Art zu verhindern bzw. zurückzu-drängen und Menschen zu helfen, ihr Leben ohne stoffliche und nichtstoffliche Abhängigkeiten zu führen.

Das ÖDP-Konzept:

Als Bausteine einer realistischen Drogenpolitik fordern wir:

- Zielgruppenorientierte Aufklärung über Gefahren und Risiken von legalen wie illegalen Drogen.
- Intensive Präventionsarbeit zu (auch nichtstofflichen) Sucht- und Abhängigkeitsstrukturen (z.B. Spielsucht, Arbeitssucht)
- Entkriminalisierung durch Freigabe des Erwerbs und Konsums von Marihuana in zugelassenen Verkaufsstellen ab 18 Jahren
- Staatliche Regulierung wie bei den zugelassenen Drogen Alkohol und Nikotin

Zur Hilfe für Menschen in Abhängigkeit von harten Drogen (Heroin, Ecstasy, Crystal Meths u.a.) fordern wir:

- Finanzielle und personelle Stärkung der Drogenhilfe
- Fortführung und Verbesserung der Substitutionsprogramme
- Einrichtung von Drogenkonsumräumen bundesweit

Zu Drogenkriminalität und Strafverfolgung siehe unter 5.5

Auszug aus Kapitel 5.5.

- Die strafrechtliche Verfolgung von Drogenkriminalität ist auf Handelsstrukturen und mafiöse Dealernetzwerke zu konzentrieren statt Konsumenten zu kriminalisieren.
- Zugleich ist der Beschaffungskriminalität so weit wie möglich der Boden zu entziehen:
 - - durch Entkriminalisierung des Erwerbs und Konsums von Marihuana,
 - - durch Substitutionsprogramme (ärztlich kontrollierte Abgabe),

- - durch Stärkung der Drogenhilfe und niederschweligen Zugang zu Hilfen für Suchtkranke,
- - durch Einrichtung von Drogenkonsumräumen.
- Zu Prävention und Therapie siehe unter 2.7.

Siehe dazu auch: <https://www.oedp.de/programm/bundesprogramm>

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung!

Viele Grüße

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär

im Team der ÖDP Bundesgeschäftsstelle

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro

Neckarstr. 27-29

55118 Mainz

Tel.: 06131/67 98 20

Fax: 06131/67 98 15

Mobil: 0160/87 10 542

e-mail: politik@oedp.de

Internet: www.oedp.de

Üblicherweise erreichen Sie mich in den Kernzeiten Montag - Freitag 10-15 Uhr.

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet.

Von: My Brain My Choice Initiative <team@mybrainmychoice.de>

Datum: 28. April 2024 um 21:26:53 MESZ

An: philine.edbauer@mybrainmychoice.de

Betreff: Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Parteien, sehr geehrte Kandidat*innen,

nachfolgend übersenden wir Ihnen unsere 8 Wahlprüfsteine, um deren Beantwortung wir Sie herzlich bitten.

Wer wir sind

Die My Brain My Choice Initiative (MBMC) ist ein unabhängiges, bundesweites Netzwerk von Personen, die zu drogenpolitischen Themen forschen, studieren, Kunst und Kultur schaffen sowie in verschiedenen Projekten zur Entstigmatisierung beitragen. Seit ihrer Gründung 2017 argumentiert die Initiative gegenüber Gesellschaft, Politik und Medien für die

Entkriminalisierung. Die MBMC Initiative ist, zusammen mit Kooperationspartnern der Drogen- und Suchthilfe, u.a. Herausgeberin der dt. Fassung des Handbuchs "Cannabis Regulieren" und Herausgeberin des Leitfadens "Drogen Sprache". (Weitere Informationen: <https://mybrainmychoice.de/ueber-uns/>)

Anlass der Wahlprüfsteine und Veröffentlichung

Streitfragen um die richtige Form der Regulierung von legalen und illegalen Drogen haben in den letzten Jahren zugenommen. Sowohl auf kommunaler und nationaler als auch auf europäischer Ebene gibt es hierfür Hebel. Ihre Antworten veröffentlichen wir auf unserer Website (<https://mybrainmychoice.de/>) und vermitteln sie via Newsletter und Social Media an Fachleute aus der Drogen- und Suchtforschung und des Hilfesystem sowie an jene Personen, auf deren Leben (oder das von Nahestehenden) die jetzige Politikgestaltung direkten Einfluss nimmt oder genommen hat.

Wahlprüfsteine

1. Entkriminalisierung

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

2. Europäische und internationale Verträge I

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

3. Europäische und internationale Verträge II

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

4. Suchtprävention in Schulen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

5. Forschungsförderung

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

6. Konsumentenschutz/Verbraucherschutz

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via

Verdampfer (“Vaporizer”) weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

7. Alkoholpolitik

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

8. Partizipation

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Mit freundlichen Grüßen

Philine Edbauer, Micha Greif, Anne Schmitt, Goeran Zängerlein
Für die My Brain My Choice Initiative

My Brain My Choice Initiative

Frage 1

Fragestellung: Entkriminalisierung

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Antwort:

Ja. Volt will ein Ende des "War on Drugs".

Wir wollen eine Entkriminalisierung des Konsums und Besitzes aller Drogen unterhalb einer Eigenbedarfsgrenze nach dem portugiesischen Modell umsetzen. Drogenabhängigkeit ist in erster Linie ein medizinisches, soziales und psychologisches Problem. Anstatt strafrechtlich belangt und stigmatisiert zu werden, sollten Betroffene psychosozial betreut werden.

Frage 2

Fragestellung: Europäische und internationale Verträge I

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Antwort:

Ja, Volt möchte einen regulierten Handel von Cannabis ermöglichen, beispielsweise über Cannabis Social Clubs (Best Practice aus Spanien) und lizenzierte Fachgeschäfte (Best Practice aus Kanada). Im Gegensatz zum Schwarzmarkt soll sichergestellt werden, dass die Produkte regelmäßigen Qualitätskontrollen unterzogen und nur an Volljährige ab 21 Jahren ausgegeben werden. Außerdem fordern wir ein vollständiges Werbeverbot. Gelder aus der Besteuerung von Cannabisprodukten sollen in Präventions-, Aufklärungs- und Hilfsmaßnahmen fließen.

Wir sind für eine gemeinsame europäische Drogenpolitik, dazu wollen wir auch die europäischen und internationalen Verträge so anpassen, dass der regulierte Handel mit Cannabisprodukten ermöglicht wird.

Frage 3

Fragestellung: Europäische und internationale Verträge II

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Antwort:

Wir haben bisher keine Position zu diesem Thema, wir können ihnen daherhierauf keine Antwort geben.

Frage 4

Fragestellung: Suchtprävention in Schulen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Antwort:

Ja, das ist unser Anspruch als evidenzbasierte Partei.

Wir stehen hinter einer gemeinsamen europäischen Drogenpolitik, wobei die Herausgabe von Standards wie dem EDPQS durch Akteure wie die European Drugs Agency (ehemals EMCDDA), hier eine zentrale Rolle spielen.

Forschung und eine Informationsvermittlung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen befürworten wir ausdrücklich. Eine Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen sollte, wenn dann nur ergänzend, und auch dann nur, wenn diese neutral nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Konsens formuliert wird, erfolgen. Aufklärung muss neben Schulen auch an Arbeitsplätzen möglich sein. Hierfür möchten wir eine möglichst urteilsfrei über die Wirkungsweisen von Substanzen, ihre Risiken und Möglichkeiten diese zu minimieren aufklären.

Frage 5

Fragestellung: Forschungsförderung

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Antwort:

Ja.

Wir setzen uns für die Förderung der medizinischen Forschung im Bereich der psychoaktiven Substanzen ein. Dafür wollen wir das Betäubungsmittelgesetz so anpassen, dass gesetzliche Hürden für Forschungsarbeit im Bereich illegalisierter Drogen gesenkt werden. Für eine solche Forschung sollen angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Konsumierende sollen ein vielseitiges Hilfsangebot und einfacheren Zugang zu Therapien erhalten, mit gleichzeitiger und langfristiger psychologischer, sozialmedizinischer und sozialer Betreuung. Substitutionstherapien sollen Behandlungsbeginn und -Beibehaltung voranstellen (Beispiel: Frankreich), vielfältige Substitute anbieten (Beispiel: Schweiz) und flächendeckend verfügbar sein. Wir setzen uns ein für die Schaffung von Drogenkonsumräumen und Spritzenautomaten.

Frage 6

Fragestellung:Konsumentenschutz/Verbraucherschutz

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

Antwort:

Wir wollen die von Tabak verursachten Schäden reduzieren und den Nichtraucherschutz verbessern. Deswegen setzen wir uns für ein vollständiges Werbeverbot für Nikotin-Produkte ein. Konsumverbote von Cannabis sollen sich an den Regelungen zum Nichtraucherschutz bei Tabakprodukten orientieren. Es ist wichtig, eine differenzierte Risikokommunikation bei Nikotin-Produkten zu betreiben. Das heißt, klar zu formulieren, dass die E-Zigarette und Tabakerhitzer nicht harmlos sind, aber eine weniger schädliche Alternative zum Weiterräumen darstellen können, wenn anders der Verzicht auf die weit gefährlichere Tabakzigarette nicht gelingt. Eine fundierte Aufklärung durch Gesundheitsbehörden ist nötig, um vermeidbare Gesundheitsschäden zu minimieren. Gerade bei Tabakprodukten zeigt sich, dass eine ungleiche Besteuerung von verschiedenen Produkten Ausweichreaktionen hervorruft. Tabakprodukte wie Feinschnitt, Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak wollen wir daher an den Grad der Besteuerung von Zigaretten angleichen.

Frage 7

Fragestellung:Alkoholpolitik

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Antwort:

Ja. Wir setzen uns für ein vollständiges Werbeverbot für Produkte, die Sucht erweckend sind ein. Außerdem wollen wir die Besteuerung von Alkohol erhöhen. Durch die Mehreinnahmen wollen wir gemeindebasierte Präventionsmaßnahmen für den Jugendschutz wie in Island realisieren.

Frage 8

Fragestellung:Partizipation

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Antwort:

Ja. Wir stellen konsumierende und sucht- oder abhängigkeitserkrankte Menschen in den Mittelpunkt unserer Drogen- und Suchtpolitik und möchten der Stigmatisierung von ihnen sowie dem Konsum von Drogen entgegenwirken. Der aktuellen Drogenpolitik muss endlich mit der Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der sozialen Realität begegnet werden. Mit einer besseren Drogenpolitik kann viel Leid von Konsumierenden und Abhängigkeitserkrankten entscheidend reduziert werden.

Volt setzt sich für einen gemeinsamen Konsens in der Drogenpolitik in Europa ein. Ziel ist es, effektive Maßnahmen nicht nur national, sondern grenzübergreifend in ganz Europa zu etablieren, um so bspw. Drogentourismus vorzubeugen. Auf europäischer Ebene wollen wir eine unabhängige Kommission für die Erstellung eines Konzepts für eine zeitgemäße Drogenpolitik ins Leben rufen. Die Kommission soll desweiteren alle drogenpolitischen Maßnahmen wissenschaftlich begleiten, evaluieren und bei Bedarf Änderungsvorschläge vorschlagen.

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

Philine Edbauer
c/o MACHWERK
Am Krögel 2
10179 Berlin

13.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrte Frau Edauer,

danke für Ihre Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir nachfolgend beantworten:

Vorbemerkung:

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben kein eigentliches Initiativrecht, um damit Gesetzesvorhaben auf parlamentarischer Ebene anzustoßen. Wohl aber haben sie die Möglichkeit, mittels so genannter Resolutionen die EU-Kommission aufzufordern, Gesetzes- bzw. Richtlinienvorschläge vorzulegen. Insofern setzen wir uns für die von Ihnen formulierten Punkte dahingehend ein, im EU-Parlament Mehrheiten für die entsprechenden Forderungen an die EU-Kommission zu organisieren. Und uns dann in der Beratung der von ihr vorgelegten Vorhaben unter Beteiligung der Interessenverbände entsprechend positionieren.

1. Entkriminalisierung

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Ja, dies streben wir seit über 10 Jahren an.

2. Europäische und internationale Verträge I

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

Ja, wir unterstützen eine Überarbeitung der UN-Drogenkonventionen und deren Umsetzung in EU-Recht, um eine evidenzbasierte Drogenpolitik zu schaffen, die der öffentlichen Gesundheit und der Schadensbegrenzung.

Wir plädieren dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen.

3. Europäische und internationale Verträge II

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker?

Das Verbot von Kokablättern insbesondere im Hinblick auf die traditionelle Nutzung indigener Völker entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Was über lange Zeit seine Wirkung oder Nutzen unter Beweis gestellt hat und wo kein Zweifel daran besteht, dass dieser nicht nur Einbildung oder Placeboeffekt ist, darf es keine Beschränkung in der Nutzung geben.

Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Ja, dies werden wir bei der unter 2 genannten Vorgehensweise einfließen lassen.

4. Suchtprävention in Schulen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Ja, als Partei, die evidenzbasierte Ergebnisse zur Grundlage ihrer Politik ernannt hat, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, diesem Ansatz zu folgen,

5. Forschungsförderung

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Ja, wissenschaftliche Forschung zu fördern ist eines unserer plakatierten Ziele.

6. Konsumentenschutz/Verbraucherschutz

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)?

Prinzipiell müssen alle Regelungen im Zusammenhang mit Drogen jeglicher Art evidenzbaisert sein. Dabei spielt der Gesundheitsschutz eine herausragende Rolle. Dies gilt auch für die Einstufung des Konsums via Verdampfer und Rauchens. Da die

wissenschaftlich Forschung hier noch nicht zu einheitlichen Ergebnissen hinsichtlich der Frage, welche Konsumart größere Risiken mit sich bringt, können wir zu dieser Frage noch keine abschließende Einschätzung geben. Da das Vapen allerdings vielfach für überdurchschnittliche Lungenschädigungen verantwortlich gemacht wird, sieht es nicht so aus, dass wir weniger strenge Regeln für die Art dieses Konsums unterstützen würden.

Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

Wir unterstützen eine gemeinsame europäische Tabakpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Tabak fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing abschaffen.

7. Alkoholpolitik

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Ja, wir unterstützen eine gemeinsame europäische Alkoholpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing abschaffen.

8. Partizipation

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert?

Ja, gemäß unserem Motto "Zuhören statt Abhören" ist es unsere Herangehensweise, bei allen politischen Fragen so gut wie möglich mit den Betroffenen zu sprechen. So ist sicher gestellt, dass diejenigen, die die Politik am ehesten und meisten beeinflusst, auch am meisten berücksichtigt werden.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Im Rahmen der den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf den Haushalt Einfluss zu nehmen, werden wir Mittel beantragen.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.

Wahlprüfsteine My Brain My Choice (MBMC)

1. Entkriminalisierung

Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Ja. Die derzeitige Prohibition der Drogen ist gescheitert. Ressourcenverschwendung bei der Polizei, Kriminalisierung der Konsumenten, kein funktionierender Jugendschutz oder Prävention bei stetig wachsende Anzahl der Konsument:innen sind die Folgen der derzeitigen Drogenpolitik. Wir setzen uns für ein neues Paradigma ein, indem wir die negativen Folgen des Drogenkonsums bekämpfen und gleichzeitig jedem Menschen die Freiheit überlassen, sein Konsumverhalten selbst zu bestimmen.

Der Umgang mit Drogen, Konsument:innen und Süchtigen ist ein gesundheitspolitisches Thema und kein Fall für die Polizei. Aus diesem Grund wollen wir Drogen nach dem Vorbild Portugals vollständig entkriminalisieren.

2. Europäische und internationale Verträge I

Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

3. Europäische und internationale Verträge II

Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

4. Suchtprävention in Schulen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Ja. Der Verkauf von Drogen soll in lizenzierten Läden erfolgen, um einen sicheren Jugendschutz zu gewährleisten. Werbung für Drogenkauf und -konsum wollen wir untersagen. Wir halten für Programme zur Suchtprävention gemäß der Standards, welche durch die multidisziplinären und multisektoralen Zusammenarbeit von sieben europäischen Organisationen entwickelt wurden, für dringend geboten.

5. Forschungsförderung

Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

6. Konsumentenschutz/

Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für das den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Tabak) unternehmen?

Nein. Unabhängige Studien belegen, dass eine Erhitzung nicht weniger schädlich ist als die Verbrennung. Daher setzen wir auch für diese Form des Konsums die gleichen Maßstäbe an wie für andere Drogen: Wir werden die negativen Folgen des Drogenkonsums bekämpfen, uns für Suchtprävention nach den European Drug Prevention Quality Standards einsetzen und gleichzeitig jedem Menschen die Freiheit überlassen, sein Konsumverhalten selbst zu bestimmen.

7. Alkoholpolitik

Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

8. Partizipation

Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Ja. Wir stehen für eine Kultur der Beteiligung. Wir wollen Entscheidungsprozesse partizipativer gestalten. Wir wollen, dass das Wissen und die Erfahrung von Betroffenen Gehör findet und in die Entscheidungen einfließt. Wir wollen Einrichtungen, die sich mittels kollektiver demokratischer Prinzipien organisieren, zusätzlich finanziell unterstützen.

Betreff: RE: Wahlprüfsteine [Anfrage #8058060]

Von: "Dominic Ressel via BV.Wahlkampf" <wahlkampf@diehumanisten.de>

Datum: 13.05.2024, 23:21

An: team@mybrainmychoice.de

Liebes Team von MyBrainMyChoice,

Danke für die Einladung zur Beantwortung der Wahlprüfsteine.

Dies sind unsere Antworten:

1. Frage: Befürworten Sie eine Entkriminalisierung aller Drogen, wie sie in Portugal seit 2001 praktiziert wird?

Antwort: Ja:

Prohibition führt nicht zu weniger Konsum, sondern zu einem blühenden Schwarzmarkt. Aufgeklärte Erwachsene sollten selbst entscheiden dürfen, was sie konsumieren. Wir wollen alle psychoaktiven Substanzen differenziert nach evidenzbasierten Kriterien regulieren. Verkauf und Beratung sollten nur in Fachgeschäften und unter strikten Alterskontrollen stattfinden. Steuereinnahmen und Einsparungen in der Justiz ermöglichen den Ausbau niederschwelliger Hilfsangebote und verhindern so problematischen Konsum.

2. Frage: Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?

Antwort: Ja, denn um den Freizeitgebrauch von Cannabis bürokratiearm und möglichst rechtssicher zu ermöglichen, müssen diese Verträge angepasst werden. Durch ein Umdenken in der Drogenpolitik auf globaler Ebene und das Schaffen von legalen Angeboten lässt sich auch der Schwarzmarkt effektiv bekämpfen. Ein guter erster Schritt war die Cannabis-Teillegalisierung in Deutschland.

3. Frage: Wie bewerten Sie das Verbot von Kokablättern, auch im Hinblick auf die traditionelle Nutzung durch indigene Völker? Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, sodass der internationale Handel mit Kokablättern ausdrücklich ermöglicht wird?

Antwort: Die von uns geforderte, nach wissenschaftlichen Kriterien differenzierte, Neuregulierung psychoaktiver Substanzen umfasst auch Kokablätter. Im Anbau für den Eigenbedarf durch indigene Völker sehen wir kein Problem.

4. Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass evidenzbasierte Programme (siehe z.B.: European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS)) generalistische Öffentlichkeits-Kampagnen und Informationsvermittlung durch Polizeibeamt*innen europaweit ersetzen?

Antwort: Grundsätzlich sollten Aufklärungskampagnen immer auf Fakten basieren. Daher unterstützen wir die Ausweitung von evidenzbasierten Programmen. Nur so lässt sich Prävention und Aufklärung betreiben, die tatsächlich darauf abzielt, Betroffenen zu helfen, ohne sie zu stigmatisieren oder zu kriminalisieren.

5. Frage: Werden Sie sich für die Förderung der Forschung zu medizinischen Potenzialen von Cannabis, Psychedelika und anderen illegalisierten psychoaktiven Substanzen einsetzen? Unterstützen Sie die Forschung zur Behandlung bzw. Substitution mit weiteren Substanzen als Opiaten, insb. bei Kokainabhängigkeit?

Antwort:

Die von uns geforderte Legalisierung psychoaktiver Substanzen würde auch die Forschung an ihnen erleichtern. Generell wollen wir wissenschaftliche Forschung, auch für Medikamente, stärker fördern. Eine besondere Förderung der Forschung an aktuell verbotenen Substanzen planen wir derzeit nicht. Für den Einsatz als Medikament müssen jedoch auch hier die Qualitätsansprüche der evidenzbasierten Medizin gelten: Nur wenn ein Wirkstoff in qualitativ hochwertigen klinischen Studien ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis zeigt, soll er als Medikament zugelassen werden können.

6. Frage: Sollten für den Konsum von Substanzen (z.B. Tabak oder Cannabis) per Erhitzung via Verdampfer ("Vaporizer") weniger strenge Regeln gelten, als für den Konsum per Verbrennung (klassisches Rauchen)? Was werden Sie zur Verbesserung des Nichtraucher-schutzes (Tabak) unternehmen?

Antwort: In beiden Fällen ist es wichtig, Nicht-Konsumenten vor passivem Konsum zu schützen. Daher sehen wir derzeit keinen Grund, hier weniger strenge Regeln anzuwenden. Darüber hinaus fordern wir beispielsweise stärkere Werbebeschränkungen für Tabakprodukte.

7. Frage: Werden Sie sich für eine strengere Regulierung des Alkohol-Marktes einsetzen? Wenn ja, inwiefern?

Antwort: Ja, hier fordern wir eine stärkere Reglementierung der Werbemöglichkeiten von Alkohol-Produzenten sowie ein Verbot des Verkaufs alkoholischer Produkte an Tankstellen und im Kassenbereich von Supermärkten. Psychoaktive Substanzen sollen nach unserer Forderung nur in darauf spezialisierten Geschäften erhältlich sein.

8. Frage: Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Drogenpolitik die konstante Beteiligung und Mitwirkung der betroffenen Communitys und der Menschen, die Drogen konsumieren, garantiert? Setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden?

Antwort: Erfolgreiche Drogenpolitik funktioniert nur, wenn sie auf die Bedürfnisse der Betroffenen Rücksicht nimmt und ihre Wünsche (beispielsweise zu individueller Suchtprävention und Hilfsangeboten) berücksichtigt werden. Wir fordern außerdem eine Abgabe auf den Erlös aus dem Verkauf legalisierter psychoaktiver Substanzen, die für Prävention, Aufklärung und Hilfsangebote verwendet werden soll.

Viele Grüße

Dominic Ressel

Bundesvorstand, Generalsekretär
Partei der Humanisten
vorstand@diehumanisten.de

Partei der Humanisten

Beilsteiner Straße 21
12681 Berlin
+49 30 12 08 72 81

Web: <https://www.pdh.eu> | Facebook: <https://www.facebook.com/partederhumanisten> | Twitter: <https://twitter.com/DieHumanisten> | Instagram: <https://www.instagram.com/partederhumanisten/> | <https://t.me/joinchat/AAAAAEvtFKOpMM-h1MlaeQ> |
Datenschutzerklärung:
<https://www.diehumanisten.de/datenschutz-telegram/>

Diese E-Mail kann vertrauliche und/oder gesetzlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der bestimmungsgemäße Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, unterrichten Sie bitte den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Anderen als dem bestimmungsgemäßen Adressaten ist untersagt, diese E-Mail zu speichern, weiterzuleiten oder ihren Inhalt auf welche Weise auch immer zu verwenden.

Betreff: Wahlprüfsteine

Von: "Linda Rehmer" <linda.rehmer@bsw-vg.de>

Datum: 10.05.2024, 12:33

An: team@mybrainmychoice.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine. Leider ist es unserer jungen Partei noch nicht möglich, auf die vielen eingehenden Wahlprüfsteine zu antworten, wie wir es gerne täten. Das heißt nicht, dass wir Ihre berechtigten Anliegen nicht wahrnehmen, sondern dass wir es personell noch nicht schaffen, differenziert zu antworten. Zudem behandelt unser Wahlprogramm die verschiedenen Themen noch nicht in aller Tiefe, bzw. müssen unsere Positionen durch Beschluss eines Parteitages finalisiert werden.

Bis zur Bundestagswahl 2025 wollen wir mit sogenannten Expertenräten unser Profil schärfen. Wenn Sie Interesse an der Teilnahme an einem Expertenrat Ihrer Thematik haben, schicken Sie uns bitte eine Anfrage über kontakt@bsw-vg.de mit Angabe des Themenfelds und warum Sie dafür als Experte in Frage kommen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis und gutes Gelingen weiterhin für Sie.

Beste Grüße,

Linda Rehmer

--

Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit

Leitung Bundesgeschäftsstelle

Linda Rehmer

Glinkastr. 32

10117 Berlin

linda.rehmer@bsw-vg.de

www.bsw-vg.de/